

angesichts des für die Gemeindevertretung bedeutungsvollen Ereignisses an die Verlesung des Briefes zu knüpfen. Dies will Herr Dr. Vangerhans in der nächsten Sitzung nachholen.

Der frühere Oberfaktor Grünenthal in Berlin hat nunmehr eingeräumt, am 14. Jan. 1897 den Tresor der Reichsdruckerei geöffnet und ihm 230 Stück Tausendmarktscheine und 200 Stück Hundertmarktscheine entnommen zu haben. Die Scheine, welche zu dem sogenannten „Ueber-schuß“ gehörten und daher unnummeriert waren, hat er in seiner Wohnung dann mit Nummern versehen und nach und nach in den Verkehr gebracht.

Baden-Baden, 4. April. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, sowie Ihre königlichen Hoheiten der Erbprinz und die Erbprinzessin von Baden folgten heute 1/2 Uhr Nachmittag einer Einladung Seiner Majestät des Königs von Sachsen zur Frühstückstafel im Europäischen Hof.

Hamburg, 5. April. Die „Hamb. Nachr.“ veröffentlicht nachstehendes Dankschreiben: „Zu meinem Geburtstag sind mir aus dem In- und Auslande so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich, auch wenn ich mich voller Gesundheit erfreute, doch nicht im Stande sein könnte, einzeln meinen herzlich empfundenen Dank auszusprechen. Ich hoffe aber, daß meine Freunde, die an diesem Tage meiner wohlwollend gedacht haben, es mir nicht verdenken werden, wenn ich sie auf diesem Wege bitte, meinen verbindlichsten Dank für ihre Glückwünsche freundlich entgegenzunehmen.“

Stuttgart, 5. April. Die Kammer der Abgeordneten nahm mit 69 gegen 18 Stimmen die Verfassungsreform an. Das Centrum gab die Erklärung ab, daß die beabsichtigte Abstimmung nur provisorisch sei; die Endabstimmung, die nach der Beratung in der Ersten Kammer stattfinden werde, werde abhängig gemacht von der Annahme eines heute eingebrachten Antrages, der die bürgerlichen Rechte (Artikel 78 der Verfassung) erweitert. Sodann wurden die Proportionalwahlen mit 62 gegen 19 Stimmen angenommen.

Berlin, 4. April. Die „Abn. Ztg.“ führt in einem Artikel über die Abtretung von Wei-hai-wei an England aus, dieser Besitz sei von dem deutschen Gebiet Kiautschou durch hohe Gebirgskette derart getrennt, daß sowohl von militärischer wie wirtschaftlicher Seite aus eine Reibungsfläche so gut wie ausgeschlossen sei. Für England aber liege die Tragweite der bevorstehenden Verlegung von Wei-hai-wei auf der Hand. Denn wenn auch dieses Gebiet in Rußlands Hände falle und von Rußland der Zugang zum Golf von Pechili und damit zum Herzen der chinesischen Verwaltung ausschließlich beherrscht werden würde, so wäre klar, daß Englands Einfluß in China eine niemals wieder einzubringende Einbuße erleiden würde. Das Blatt schließt: In den Beziehungen zwischen England und Rußland bedeutet jedenfalls der letzte englische Schritt eine Verschlechterung. Diese entscheidene Stellungnahme gegenüber Rußland ist unzweifelhaft darauf zurückzuführen, daß angesichts des wahrscheinlich erreichten russisch-japanischen Uebereinkommens, wonach Rußland Korea an Japan einflußbereit zurückgibt, dafür aber freie Hand im Golf von Pechili erhält, England sich genötigt sieht, die Ueberwachung seiner Interessen in Nordchina selbst in die Hand zu nehmen.

Italien.

Der neue Spezialgesandte Italiens in Aethiopien, Cicco di Cola, sollte nach Meldungen verschiedener italienischer Blätter, einen schlechten Empfang beim Regus Menelik gefunden haben. Dem gegenüber stellt die offizielle „Agenzia Stefani“ fest, daß sich Cicco di Cola in seinen jüngsten Meldungen sehr befriedigt über den ihm vom Regus bereiteten Empfang geäußert habe. Die sofort von ihm vorgenommenen Verhandlungen nehmen einen befriedigenden Verlauf.

Frankreich.

Die Aufhebung des Schwurgerichtsurteils, welches Emile Zola wegen Verleumdung und Verleumdung des Kriegsgerichts im Dreyfus- und Esterhazy-Prozess zu 1 Jahr Gefängnis und 3000 Francs Geldbuße verurteilte, durch den Pariser Cassationshof droht den Streit in der Dreyfus-Zola-Affaire in Frankreich aufs Neue zu entzünden. Nach einer vom Ministerpräsidenten Méline in der Deputiertenkammer abgegebenen Erklärung beabsichtigt der Kriegsminister Villot, das Kriegsgericht einzuberufen, welches entscheiden soll, was nun etwa weiter gegen Zola zu thun sei. Diese Erbitterung der französischen Militärpartei über die Cassation

der Verurteilung Zola's ist freilich angesichts der eigentümlichen Rolle, welche sie im Zola-Prozess gespielt hat, begreiflich, dennoch möchte es zu bezweifeln sein, daß man von dieser Seite wirklich auf einen neuen Zola-Prozess hinarbeiten sollte, ein solcher könnte der französischen Regierung schon in Hinblick auf die bevorstehenden allgemeinen Parlamentswahlen nicht erwünscht sein. Jemand ein Opfer möchten aber die Zolagegner doch haben, denn es verlautet, daß der Generalprokurator Manau wegen der ehrenvollen Worte, die er Scheurer-Kestner, Tarnier und Zola gewidmet habe, eine Maßregelung erfahren sollte.

Paris, 5. April. Es wird mehrfach bestätigt, daß der Kriegsminister und der Militärgouverneur von Paris die Einberufung des Kriegsgerichts auf Donnerstag festgesetzt haben. — Das „Echo de Paris“ erklärt die Meldung für unbegründet, daß die von Zola angegriffenen Offiziere beabsichtigen, noch einzeln gegen Zola Prozesse anzustrengen.

Rußland.

St. Petersburg, 5. April. Die „Nowoje Wremja“ schreibt: Englands Flottendemonstration im Golf von Pechili werde für England keine praktischen Vorteile bringen. Das Gleichgewicht in Ostasien werde nur hergestellt durch Gleichberechtigung der vier europäischen Großmächte. England müsse seine Absichten auf einen Hafen im Golf von Pechili aufgeben, wenn es nicht Schwierigkeiten an der indisch-afghanischen Grenze wünsche. Rußland müsse freien Ausgang aus dem Golf von Pechili haben; es würde unter keinen Umständen davon abgehen. Die englische Diplomatie habe keine Stütze. Japans Unzufriedenheit mit England nehme sehr zu; seine (Japans) Interessen ständen in keinem Widerspruch zu den russischen.

England.

London, 4. April. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Tientsin: In der chinesischen Admiralität herrscht eine lebhafteste Thätigkeit. Die Chinesen beklagen sich, keinen Hafen zu haben für die fünf neuen Schiffe, die diesen Sommer eintreffen, wenn Wei-hai-wei nicht geräumt werde. Ein Mitglied höheren Ranges des Jensorantes richtet einen Appell an den Kaiser von China, in dem das ganze Jungli-Yamen beschuldigt wird, mit russischem Gelde bestochen zu sein. Si-Hung-Tchang hätte allein 1 1/2 Millionen Taels erhalten. Der Jensor verlangt eine Untersuchung und erbietet sich, sich enthaupen zu lassen, wenn Si-Hung-Tchang seine Unschuld beweisen könne. Andernfalls verlange er, daß jener hingerichtet werde.

Spanien und Nordamerika.

Der politische Horizont zwischen Madrid und Washington hat sich derartig weiter umdüstert, daß aus dem dunkeln Gewölbe schier stündlich der Blitz der Kriegserklärung der Union gegen Spanien hervorzuden kann. Die Kriegspartei im Kongreß zu Washington hat zunächst im Senat Oberwasser erhalten. Das Senatskomitee für die auswärtigen Angelegenheiten hat am Sonntag die Resolution seines Untersuchungsausschusses angenommen, welche die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas verlangt und den Präsidenten der Union ermächtigt, dieselbe nötigenfalls mit Waffengewalt herzustellen. Dieser Beschluß aber bedeutet, wenn er die Zustimmung der weiteren Faktoren findet, den Krieg, und dieser dürfte bei dem Steigen der chauvinistischen Strömung in Nordamerika kaum noch abwendbar sein. Wie der spanische Gesandte in Washington, Bernabe, seiner Regierung telegraphierte, werde Präsident Mac Kinley von den kriegslustigen Kammern mit fortgerissen, obwohl er nach einer privaten Meldung aus New-York Bedenken wegen Amerikas Kriegsbereitschaft hegen soll. Der nämlichen, vom New-Yorker Korrespondenten des Londoner „Globe“ stammenden Meldung zufolge ersuchte Mac Kinley den amerikanischen Generalkonsul Lee in Havanna dringend um einen nochmaligen Bericht über die Lage auf Kuba, bis zum Eintreffen desselben will er mit seiner entscheidenden Vorschau an den Kongreß noch zurückhalten. Die öffentliche Meinung in Amerika soll unvermindert für den Krieg sein, der Finanzminister Sage konferierte mit mehreren leitenden Bankiers wegen Beschaffung einer eventuellen Kreditsanleihe von 500 Millionen Dollars. Die aus Madrid vorliegenden Meldungen lassen sämtlich erkennen, daß man sich doselbst in den Regierungskreisen wie in der Bevölkerung auf den Ausbruch des Krieges mit der Union gefaßt macht. Unter den obwaltenden Umständen dürften auch die beginnenden diplo-

matischen Veruche zu einer Vermittelung zwischen Spanien und der Union, die das diplomatische Korps in Madrid, speziell der päpstliche Nuntius und der österreichische Botschafter einleiten will, keinen Erfolg haben.

Griechenland.

Das griechische Anleihegesetz ist am Sonntag Abend amtlich veröffentlicht worden, womit die mit dem Kriege gegen die Türkei zusammenhängende griechische Anleihefrage zum Abschluß gebracht worden ist.

Athen, 5. April. Der Marineminister hat endgültig seine Entlassung gegeben. Das Portefeuille wird von dem Minister des Innern provisorisch übernommen werden.

Türkei.

In Konstantinopel fand am Sonntag eine Botschafter-Konferenz statt, welche sich mit den Bestimmungen über die Räumung Thessaliens durch die Türken, sowie mit der Fortführung der noch übrig bleibenden Arbeiten zur Absteckung der neuen thessalischen Grenze beschäftigte. In der freilich souveränen Besprechung lauten die neueren Meldungen wieder beruhigender.

Amerika.

New-York, 4. April. Einer Meldung des „World“ aus Havanna zufolge legten die Spanier Mittwoch Nacht 40 schwimmende unterseeische Minen im engsten Theile des Hafenkanals nieder. — Laut einer Meldung des „New-York Herald“ aus Washington trifft der Generalkonsul Lee in Havanna, den ihm erteilten Weisungen gemäß, Vorkehrungen, um die Geschäfte des amerikanischen Konsulats dem britischen Konsul zu übertragen.

New-York, 5. April. Die „Post“ schreibt aus Washington: Die Botschaft Mac Kinleys werde vorlegen, Spanien habe seine völlige Unfähigkeit zu regieren bewiesen. Der amerikanische Handel habe Schaden erlitten. Die Existenz der amerikanischen Besitzungen werde durch die gegenwärtigen Zustände gefährdet. Die Botschaft mache Spanien für den Unfall der „Maine“ verantwortlich. Sie mache zwar keinen direkten Vorschlag, gebe aber deutlich der Ansicht Ausdruck, daß eine bewaffnete Intervention die Ordnung und den Frieden wiederherstellen werde. Die Botschaft empfehle nicht die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas, da die Aufständischen keine angemessene Regierungsform eingeführt hätten. Die Botschaft, die gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung sei, erkläre, die Vereinigten Staaten würden alle weiteren Verhandlungen einstellen und keine Vermittelung annehmen.

New-York, 5. April. Ein Telegramm des „New-York Herald“ aus Washington besagt, der Krieg werde von denjenigen für unvermeidlich gehalten, die den Inhalt der bevorstehenden Botschaft Mac Kinleys kennen. Diese Botschaft soll nach einer zweifelhaften Quelle eine Intervention mittels Gewalt in sich schließen. Die Botschaft bilde eine Anklagechrift gegen Spanien von solcher Schärfe, daß die Fortführung der diplomatischen Beziehungen unmöglich scheine. Die formelle Abberufung Woodfords werde wahrscheinlich gleichzeitig mit der Uebergabe der Botschaft an den Kongreß erfolgen. — Die hiesige „Post“ schreibt, Spanien werde nach 48 Stunden alle Forderungen Amerikas bewilligen müssen.

Havanna, 5. April. Die Regierung hat ein Manifest erlassen, in dem es heißt: „Die Autonomie bedeutet den Frieden und die Eintracht; sie schließt Niemanden aus und öffnet allen geistlichen Bestrebungen das Feld. Es gilt, das Vaterland gegen außer- und innere Gefahren zu verteidigen. Die kubanische Verfassung ist verbesserungsfähig; die Majorität der Kammer wird über die eigene Regierung Entscheidung treffen. Der Weg ist offen für jede sociale Thätigkeit; der Augenblick, die Feindseligkeiten einzustellen und die Eintracht herzustellen, ist gekommen. Ergreifen wir die Initiative, indem wir die Achtung des Lebens gewährleisten; geben wir den Wünschen nach Frieden Ausdruck und verzweifeln wir nicht, den Frieden aufrecht zu erhalten, aus Liebe zu Kuba.“

Washington, 5. April. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses sind heute davon benachrichtigt worden, daß Schiffe nach Havanna entsendet sind, um den amerikanischen Konsul Lee und die übrigen Konsulatsbeamten an Bord zu nehmen. Alle Amerikaner wünschen, Kuba zu verlassen. Lee telegraphierte aus Havanna, daß es ihm im Falle der Kriegserklärung unmöglich sei, die amerikanischen Staatsangehörigen vor Sonntag von Kuba zu befördern.